



ALVARO LAIZ / INSTITUTE

FOTO-TABLEAU

## Die Warao im Orinoco-Delta 4/5

Seit Jahrtausenden leben die Warao in einer fast symbiotischen Beziehung mit dem Marschland des Orinoco-Deltas in Venezuela. Deshalb waren ihre traditionellen Pfahlbauten nach allen Seiten hin offen: Ein aufgestellter Boden und ein aus Palmwedeln gefertigtes Dach genügten als Schutz vor unwillkommenem Getier, Sonne und Regenfällen. Hier fotografierte Alvaro Laiz aus dem Inneren einer neueren Behausung, die rundum mit festgefühten Brettern verkleidet ist. «Der Wandel der traditionellen Warao-Architektur», schreibt der spanische Fotograf dazu, «ist nur das sichtbarste Beispiel für die Akkulturation und den damit einhergehenden Identitätsverlust des Indianer-volks.» Allerdings liegt es letztlich nicht im Ermessen westlicher Beobachter, zu bestimmen, wie indigene Völker im 21. Jahrhundert leben sollen.

Populismus

# Man muss die Spannung aushalten

Gastkommentar  
von LORENZ LANGER

Populismus ist kein neues Phänomen. Nicht nur die Begrifflichkeit reicht zurück bis in die Römische Republik, sondern auch die negative moralische Konnotation. Schon damals bezeichneten Vertreter der herrschenden Elite jene Politiker, die direkt ans Volk appellierten, als Populisten (populares), während sie sich selbst unbescheiden Optimaten – die Besten – nannten. Der römische Staatsmann Cicero etwa schmähte die «Männer des Volkes» als charakterlose Ja-Sager, als Heuchler, welche vorgäben, das Volk zu unterstützen, in Wahrheit aber seine Interessen und sogar seine Sicherheit gefährdeten.

Auch heute gilt das Anbiedere an die Zuhörer, das Appellieren an deren Instinkte als Merkmal populistischer Politiker: Als Rechtfertigung für seine Behauptung, Präsident Obama habe den IS gegründet, meinte Donald Trump bloss, das habe den Zuhörern doch gefallen und jeder spreche nun darüber. Daneben berufen sich Populisten auch gerne darauf, als Volkstribune auf der Seite des Volkes zu stehen und gegen die Eliten anzukämpfen (denen sie oft genug entstammen). Auch hier finden wir eine Parallele zum alten Rom: Wenn ein Aristokrat in das Amt des Volkstribunen gewählt werden wollte, so musste er zuvor formell zur Plebs «übertreten».

Eine umfassende oder unumstrittene Definition des Populismus gibt es zwar nicht; die Politikwissenschaft hat aber weitere wichtige Aspekte populistischer Bewegungen herausgearbeitet. So reklamieren solche Bewegungen für sich, als einzige die Interessen der (stillen) Mehrheit eines monolithisch und homogen verstandenen «Volkkörpers» zu vertreten. Und sie verwehren sich dagegen, dass gewisse Fragen entpolitisiert und so der Entscheidungsgewalt der Majorität entzogen werden. Dieser Aspekt wird besonders deutlich im Zusammenhang mit der Stellung ethnischer, religiöser, kultureller und anderer Minderheiten. Elementare Rechte solcher Minderheiten wurden durch die Verbriefung in nationalen Grundrechten und internationalen Menschenrechtsinstrumenten vom politischen Prozess weitgehend abgeschirmt; diese Rechte sollen nicht von den Launen der Mehrheit abhängen, und ihr Umfang soll durch die Gerichte, nicht durch Plebiszite bestimmt werden.

Damit erklärt sich die populistische Aversion gegen (fremde und eigene) Richter und andere Expertengremien, und damit werden populistische Postulate auch zum Gegenstand rechtlicher

Überlegungen. Denn die Anerkennung gewisser Ansprüche als Menschenrecht ist ein zentraler Aspekt des Rechtsstaates: Es wird so eine Brandmauer errichtet, die auch dann Schutz bietet, wenn die Flammen der Emotionen hochschlagen. Zugleich werden solche Ansprüche aber von der Verfügungsgewalt der Mehrheit ausgeschlossen. Gerade in der Schweiz tun wir uns zunehmend schwer mit der daraus resultierenden Spannung zwischen dieser Entpolitisierung zentraler gesellschaftlicher Fragen und unseren weitreichenden demokratischen Entscheidmechanismen.

Diese Spannung kann – obwohl das immer wieder suggeriert wird – weder auf die eine noch auf die andere Seite aufgelöst, sondern muss ausgehalten werden. Eine Dämonisierung populistischer Politik hilft dabei wenig. Die Demokratie ist essenziell mehrheitsgesteuert; es ist deshalb riskant, alleine auf den Schutz von Brandmauern zu vertrauen. Vielmehr muss in der politischen Arena die Notwendigkeit von nicht verhandelbaren Rechten überzeugend dargelegt werden – so dass gefährliche Feuer möglichst gar nicht erst ausbrechen. Anstatt dass man demokratische Entscheidungen wegen angeblicher Überforderung der Stimmenden zunehmend beschneidet, sollte politische Überzeugungs- und Informationsarbeit geleistet werden, damit die Vorteile rechtsstaatlicher Institutionen deutlicher erkennbar werden. Denn dass manche populistische Bewegungen zentrale Aspekte des Rechtsstaates neuzeitlicher Prägung gefährden, steht ausser Frage.

Selbst der Optimat Cicero war überzeugt, dass die Volksversammlung, auch wenn sie sich aus unerfahrenen Leuten zusammensetzte, den Unterschied merke zwischen einem Populisten und «charakterfesten Bürgern mit Ernst und Würde». Und auch wenn in der Versammlung Verstellung und Verschleierung den meisten Spielraum hätten, so siege auch dort die Wahrheit, wenn sie nur offen dargelegt und ins rechte Licht gerückt werde. Der Erfolg ist dabei aber nicht garantiert. In Rom endete der Konflikt zwischen Popularen und Optimaten schliesslich mit dem Untergang der Republik. Es herrschte fortan ein Kaiser, der jeweils als Volkstribun mit unbeschränkter Amtsdauer zugleich unanzweifelbar der beste Freund des Volkes war. Von diesem Zustand sind wir glücklicherweise noch weit entfernt, aber die Vergangenheit illustriert, dass der Konflikt zwischen etablierten Strukturen und populistischen Bewegungen nicht unterschätzt werden darf.

Lorenz Langer ist Lehrbeauftragter an der Universität Zürich und forscht am Zentrum für Demokratie Aarau.

Arbeitszeit- und Karrieremodelle

# Arbeitgeber sind gefordert

Gastkommentar  
von PATRICK FROST

Wir erleben eine stille Revolution. Wir erleben sie im wahrsten Sinn: Die durchschnittliche Lebenserwartung ist in der Schweiz seit 1966 von 72 auf rund 83 Jahre gestiegen – das ist eine der höchsten der Welt. Und jede Dekade steigt sie um weitere zwei bis drei Jahre an. Wenn wir nun aber immer häufiger 80, 90 oder sogar 100 Jahre alt werden, verschiebt sich das gesellschaftliche und ökonomische Koordinatensystem grundlegend. Wir tun gut daran, nicht nur unsere Vorstellung von Alter zu revidieren oder das Zusammenleben zwischen Jung und Alt neu auszutarieren. Wir müssen uns auch fragen, wie wir künftig die Altersvorsorge finanzieren. So dass wir nachfolgenden Generationen keine unlösbaren Probleme hinterlassen.

Die Altersvorsorgereform 2020 geht in die richtige Richtung: Wir werden nicht darum herumkommen, den Umwandlungssatz bei den Pensionskassen zu senken, damit das Vorsorgekapital länger reicht. Wir stehen auch in der Verantwortung den Jüngeren gegenüber, dass wir sie dazu anspornen, dass sie früher in ihre Altersvorsorge investieren und entsprechende Anreize dafür haben. Darüber hinaus – und das ist zentral – sollten wir das Thema Arbeit fundamental neu denken. Zum einen, weil wir es uns als Gesellschaft schlicht nicht mehr leisten können, die Menschen starr mit 65 Jahren zu pensionieren. Dies sowohl aus finanziellen Überlegungen, aber auch aus Gründen des Fachkräftemangels, der aufgrund der demografischen Veränderung auf uns zukommen wird. Zum anderen hilft eine neue Denkweise, weil sich das Berufsleben für den Einzelnen durch die gewonnenen Jahre grundlegend verändert.

Ein 100-jähriges Leben bedeutet heute auch, länger aktiv und fit zu sein. Immer öfter wird später geheiratet, eine Familie gegründet oder ein Haus gekauft. Es bedeutet, anders und länger zu arbeiten. Das traditionelle Drei-Phasen-Modell (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Ruhestand) unserer Grosseltern und Eltern wird durch ein Multi-Phasen-Modell abgelöst.

Immer mehr Menschen werden in ihrer Erwerbsphase Auszeiten nehmen, Teilzeit arbeiten oder in wechselnden Arbeitsmodellen tätig sein, welche die individuellen Bedürfnisse mit den betrieblichen in Einklang bringen. Weiterbildungen oder Zweitausbildungen werden zur Normalität. Sei es, weil wir nach Abwechslung streben oder weil sich die bisherigen Jobs verändern oder obsolet werden. Immer mehr Menschen werden länger als heute berufstätig sein wollen – weil sie sich fit fühlen, weil sie es als sinnstiftend empfinden. Die neuesten Zahlen der Schweizer Arbeits-

kräfteerhebung zeigen, dass diese Entwicklung bereits eingesetzt hat. Von 2010 bis 2015 ist die Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen von 70,5 auf 75,8 Prozent gestiegen und jene der über 65-Jährigen von 9,3 auf 11,8 Prozent. Wie schaffen wir es nun aber, das Arbeitsleben generationenübergreifend den Realitäten eines längeren Lebens anzupassen?

Zum einen kann der Staat mit steuerlichen und anderen Anreizen dafür sorgen, dass die über 50-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig bleiben. Ebenso sollten diejenigen, die über 65 hinaus im Arbeitsprozess bleiben wollen, dies auch dürfen. Zum andern sind besonders wir Arbeitgeber gefordert: Die Wirtschaft muss umdenken und neue Arbeitszeit- und Karrieremodelle entwickeln. Wenn wir uns tendenziell länger im Arbeitsleben engagieren, braucht es seitens der Arbeitgeber mehr Flexibilität und eine neue Sicht auf unterschiedliche Phasen des Berufswegs.

Wir stehen erst am Anfang dieses Prozesses, und wir können deutlich mehr tun als bisher. Swiss Life ist da keine Ausnahme. Bei uns ist fast jeder dritte Angestellte über 50 Jahre alt, das Durchschnittsalter ist seit 2005 von 39,6 auf 42,3 Jahre gestiegen. Neben einem flexiblen Rentenalter, das wir im Jahr 2005 eingeführt haben, haben wir nun neue Massnahmen lanciert, die auf die Lebensphasen zugeschnitten sind. Damit wollen wir bewusst das Potenzial unserer erfahrenen Mitarbeitenden sichern und ihnen so auch Wertschätzung entgegenbringen – über das ordentliche Pensionsalter hinaus.

Es ist uns ein Anliegen, künftig die Entwicklung von Mitarbeitenden in der mittleren und der späteren Berufsphase aktiver zu unterstützen – sei es durch eine Standortbestimmung oder über Stages, um die Arbeitsmarktfähigkeit zu verbessern. Time-out-Modelle können die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben vereinfachen. Denkbar ist auch ein Modell, das es Mitarbeitenden über 58 ermöglicht, ihren Beschäftigungsgrad oder ihre Funktion zu ändern, den Pensionskassen-Sparprozess aber trotz Lohnreduktion auf dem bisherigen Jahreslohn weiterzuführen.

Damit wir als Gesellschaft einen Mentalitätswandel schaffen und die erforderlichen Reformen breite Unterstützung finden, muss die grosse Mehrheit davon profitieren können oder sich sozial aufgefangen fühlen. Wir müssen uns als Arbeitgeber für nachhaltige Lösungen starkmachen. Der Prozess ist anspruchsvoll und weckt verständlicherweise auch Ängste. Aber wir tun gut daran, die Weichen heute zu stellen. Nur so werden wir auch morgen und übermorgen ein langes und selbstbestimmtes Leben in Würde führen.

Patrick Frost ist CEO der Swiss Life Group.